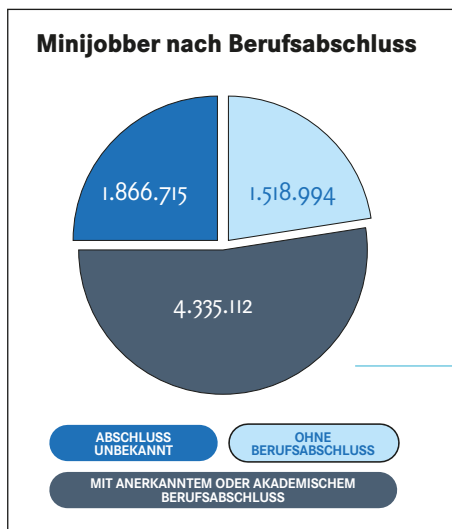


Peter Tauber stellt sich taub **DIE LINKE kämpft für gute Arbeit statt Minijobs.**

»Wenn Sie was Ordentliches gelernt haben, dann brauchen Sie keine drei Minijobs«, das antwortete Peter Tauber, Generalsekretär der CDU, auf die Frage, ob die von der CDU versprochene »Vollbeschäftigung« bedeutete, dass man in Zukunft drei Minijobs machen müsse. Womit Tauber immerhin bewiesen hat, dass man etwas »Ordentliches gelernt haben« kann und – er zumindest – dennoch nicht für seinen Job qualifiziert ist. Tatsächlich war die Frage berechtigt: ein Großteil des Beschäftigungszuwachses sind Minijobs. Die meisten Minijobber haben durchaus etwas »Ordentliches gelernt« und wollen sich kaum freiwillig für maximal 450 Euro verdingen. Mehr dürfen auch nicht bei drei oder noch mehr Minijobs herauspringen, was Taubers Unkenntnis einmal mehr unterstreicht.



Minijobs sind unsicher, niedrig entlohnt und führen zu Minirenten. Rund 65 Prozent der Minijobs liegen **unterhalb der Niedriglohnschwelle** von gut 10 Euro brutto pro Stunde. Ihre Arbeitnehmerrechte auf bezahlten Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Ähnliches werden häufig umgangen. So gewähren in Nordrhein-Westfalen mehr als 15 Prozent der Betriebe geringfügig Beschäftigten **keinen bezahlten Urlaub**, obwohl es dafür keine Rechtsgrundlage gibt. Das Recht auf bezahlten Urlaub nutzten 2016 nur rund 44 Prozent. Mehr als jeder zweite tut dies demnach nicht. 40 Prozent gaben an, dass die Arbeitgeber kein Entgelt an Feiertagen zahlten. Nur **29 Prozent** der

Minijobberinnen und Minijobber haben im letzten Jahr ihren Anspruch auf **Lohnfortzahlung im Krankheitsfall** geltend gemacht (Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung). Die Studie gilt als aussagekräftig für die Verhältnisse in ganz Deutschland.

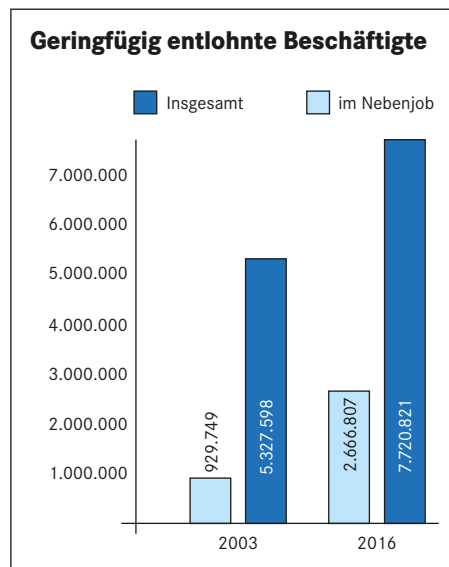
Beschäftigte mit einem Minijob, offiziell geringfügig Beschäftigte genannt, sind zudem völlig unzureichend gegen soziale Risiken wie Arbeitslosigkeit oder Alter abgesichert. Sie sind daher in besonders hohem Maße von **Altersarmut** bedroht. Jeder zweite Minijob wird von Frauen ausgeübt. Sie können ihre Existenz mit einer solchen Beschäftigung nicht eigenständig sichern und sind somit auf ihren Partner oder ergänzende Sozialleistungen angewiesen. **Auch mit Blick auf gleiche Rechte für Frauen sind Minijobs falsch**, denn die Frauen landen dadurch in einer beruflichen und biografischen Sackgasse mit hohen persönlichen Risiken. Selbst das Bundesfamilienministerium hat festgestellt: Minijobs sind keine Brücke in reguläre Beschäftigung.

Bei den Minijobs handelt es sich in aller Regel um eine unfreiwillige Teilzeitarbeit mit einer tatsächlichen Arbeitszeit, die weit unter der von den Betroffenen gewünschten Arbeitszeit liegt.

SPD und Grüne haben mit den Hartz-Gesetzen die Grundlage für die rasante Ausbreitung der Minijobs gelegt: Sie kosten die Arbeitgeber weniger Sozialabgaben. Rund 4,8 Millionen Beschäftigte müssen sich mittlerweile mit einem Minijob begnügen. Weitere 2,7 Millionen üben einen Minijob als Nebentätigkeit aus, um ihre zu niedrigen Einkommen aus dem Haupterwerb aufzustocken. Das sind im Vergleich zu 2003 weit mehr als doppelt so viele. Minijobs verdrängen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Deshalb wird es immer schwieriger, einen Arbeitsplatz zu finden, der gut entlohnt wird und von dem man leben kann.

DIE LINKE will Minijobs durch gute Arbeitsplätze ablösen. **Ab dem ersten Euro** unterliegt die Arbeit der **Sozialversicherungspflicht** – das macht Minijobs auch für die Arbeitgeber unattraktiv.

Geringfügig entlohnte Beschäftigte



Wir wollen **unfreiwillige Teilzeit** abschaffen: Die Beschäftigten brauchen ein Recht auf Arbeitsverträge mit **mindestens 22 Wochenstunden**. Sollte das in einem Betrieb nicht möglich sein, liegt die Beweislast dafür beim Unternehmen.

Auch **Beschäftigte in Privathaushalten** – meist sind es Frauen – brauchen gute und sichere Arbeitsverhältnisse, von denen sie leben können. Wir wollen die häuslichen Dienstleistungen verstärkt über zertifizierte Dienstleistungsplattformen organisieren, bei denen die Beschäftigten Tarifverträge, unbefristete Verträge und ein Recht auf eine vertragliche Mindeststundenzahl haben.

Und wir wollen den **gesetzlichen Mindestlohn auf 12 Euro** aufstocken: nur so liegt er über der Niedriglohngrenze und reicht für eine Rente oberhalb der Grundsicherung. Der gesetzliche Mindestlohn muss **flächendeckend und ohne Ausnahmen** gelten und durchgesetzt werden!.

Mehr Informationen unter:
www.die-linke.de
bundesgeschaeftsstelle@die-linke.de

